

FESTAKT

ZUR GEBURTSSTUNDE UNSERER DEMOKRATIE

Weimar, den 6. Februar 2009 um 14 Uhr im Deutschen Nationaltheater

(Szenische Lesung)

Zusammenstellung: Luc Jochimsen/Franz Sodann

Erzähler: Uwe Steimle

Regie: Franz Sodann

Festakt zur „Nationalversammlung“ in Weimar

PROGRAMM

1. Einlass-Toncollage
2. Messters Wochenschau 1919
Text: Luc Jochimsen
3. Beginn des Liveprogramms:

Ablauf:

Text 1) Uwe Steimle:

Weimar, den 6. Februar, Vossische Zeitung:

„Nach unendlichem Leid schlägt heute dem deutschen Volke eine große Stunde. Die frei gewählten Vertreter der Nation treten zusammen, um den deutschen Volksstaat zu gründen, den Staat, der eins sein soll mit dem ganzen deutschen Volk. Was seit Monaten, noch vor Ausbruch der Revolution, der Wunsch der Besten gewesen ist, was seither das Ziel der Sehnsucht Aller wurde, ist heute erfüllt: die Nationalversammlung tagt. (...)“

Text 2) Uwe Steimle:

Berliner Tageblatt, am gleichen Tag:

„In der Stadt herrschte heute in den ersten Morgenstunden vor dem Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung ein lebhaftes Treiben. Große Menschenmengen stauen sich vor dem Nationaltheater, um sich die dort ein- und ausgehenden Abgeordneten und die Vertreter der Regierung anzuschauen. Im Hause selbst ist, nachdem man Tag und Nacht gearbeitet hat, nunmehr alles fertig geworden. Der große Theaterraum prangt im Blumenschmuck. Während das Parkett, das amphitheatralisch ansteigt, für die Abgeordneten bestimmt ist, ist die Bühne für das Präsidium und die Regierung eingerichtet. Ziemlich in der Mitte der Bühne befindet sich der Aufbau des Präsidialtisches, der Großsessel des Präsidenten mit dem Reichsadler auf der Lederlehne ist aus dem Reichstage hierher gebracht worden.“

Text 3) Uwe Steimle:

„Um 3 Uhr 15 Minuten ergreift das Wort Friedrich Ebert, Volksbeauftragter:“

Text 4) Gregor Gysi:

„Meine Damen und Herren, die Reichsregierung begrüßt durch mich die Verfassunggebende Versammlung der deutschen Nationen. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten mal gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution; sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen.

In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete, zusammenbrechende Gewaltherrschaft. Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, kehrt es zurück auf den Weg der Gesetzmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung lassen sich die unausschiebbaren Veränderungen auch auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet vorwärts bringen, ohne das Reich und sein Wirtschaftsleben zugrunde zu richten. Deshalb begrüßt die Reichsregierung in dieser Nationalversammlung den höchsten und einzigen Souverän in Deutschland. Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. [...]“

Text 5) Uwe Steimle:

6. Februar, Vossische Zeitung:

„Das alte Reich ist zugrunde gegangen an dem völligen Mangel an fruchtbaren Ideen, an der geistigen Leere, die den Worten und Taten seiner politischen Leiter eigen war. Nicht der alte Geist, sondern die Abwesenheit jeden Geistes hat sein Schicksal besiegelt. (...)

Eine neue Seite deutscher Geschichte beginnt, und die Volksvertreter in Weimar sind es, die die ersten Worte darauf zu schreiben haben. Möge ihnen die Größe des Geistes und der Mut nicht fehlen, die das Werk von ihnen erfordert.“ Doch hören wir den 2. Teil der Rede Friedrich Eberts:

Text 6a) Gregor Gysi (Rede Friedrich Ebert, Teil 2)

„Das deutsche Volk ist frei, bleibt frei und regiert in aller Zukunft sich selbst. Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volke geblieben ist, der einzige Halt, an dem es aus dem Blutsumpf des Krieges und der Niederlage sich wieder herausarbeiten kann.

Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. Meine Damen und Herren, es war die Kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete, der uns wehrlos machte. [...] Die Revolution lehnt die Verantwortung ab für das Elend, in das die verfehlte Politik der alten Gewalten und der leichtfertige Übermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. [...] Das furchtbare Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gut gemacht werden durch Handinhandgehen der Völker. [...]

Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preußische Hegemonie, das hohenzollernsche Heer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich geworden. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Ära das Lassallesche Wort, dass die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweg geflogen seien. Jetzt muss der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter, wieder unser Leben erfüllen. Wir müssen die großen Gesellschaftsprobleme in dem Geiste behandeln, in dem Goethe sie im zweiten Teil des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren erfasst hat: Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht im Theoretischen verlieren. Nicht zaudern und schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen!

Text 6b) Kinderchor (Klasse 8a, Goethegymnasium Weimar):

***„Denn der Mensch, der zu schwanken Zeit auch schwanken Gesinnung ist,
Der vermehrt das Übel und leitet es weiter und weiter.
Aber wer fest auf dem Sinne beharrt, der bildet die Welt sich.“***

Text 6c) Gregor Gysi (weiter Rede Friedrich Ebert):

„So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, das Recht des deutschen Volkes zu wahren, in Deutschland eine starke Demokratie zu verankern und sie mit wahrem sozialen Geist und sozialistischer Tat zu erfüllen.“

Text 7) André Blechschmidt:

Aus einem Zeitdokument mit dem Titel: „Friedrich, der Vorläufige, die Zietz und die Anderen. Die Weimarer Nationalversammlung von Februar bis August 1919.“ Der Autor dieses Buches möchte anonym bleiben, in Wirklichkeit handelt es sich um einen Journalisten namens Adolf Stein:

„(...) Ebert hat es wirklich raus. Wir haben nicht Deutschland in Trümmer geschlagen, sondern nur die Verderber Deutschlands, die Monarchen.

Am ersten Tage der Nationalversammlung hat Ebert der Welt die Wahrheit verkündet: wir sind „vom Imperialismus zum Idealismus“ gekommen, „von der Weltmacht zur geistigen Größe.“ Nämlich von Bismarck. Das nennt Friedrich der Vorläufige den Geist von Weimar.

Riesengroß wächst bei seinen Worten eine hoheitsvolle Gestalt im Theaterraum empor, die Goethes Züge trägt. Er sieht sie nicht. Er hört sie nicht. So entgeht es ihm auch, dass sich ein Brausen erhebt und dass aus den Schauern der Ewigkeit eine Stimme erklingt: „Du gleichst dem Geist, den du begreifst, nicht mir!“

Text 8) Uwe Steimle:

Noch immer der 6. Februar. Aus der NEUEN PREUSSISCHEN ZEITUNG:

Drahtmeldung unseres Berichterstatters:

„Das Straßenbild Weimars ist seit gestern völlig verändert. Es erreicht heute den Höhepunkt lebhafter Bewegung. Reicher Fahnschmuck in deutschen und weimarschen Farben hebt sich wirkungsvoll ab von der prächtigen Winterlandschaft. Charakteristisch ist, dass jede rote Fahne fehlt. (...)“

Text 9) Karin Kaschuba:

Ein weiterer Zeitgenosse, Johannes W. Harnisch, schreibt in seinem Buch „SKIZZEN UND STIMMUNGEN AUS DEM WEIMAR DER NATIONALVERSAMMLUNG“:

„Dass das „nach Weimar Gehen“ nicht ganz leicht ist, weiß man. Aus Gründen, die die Geschichte nahe legt, hat man Sorge getragen, die Möglichkeit abzuschneiden, dass das verfassungsgebende Parlament unter die Herrschaft eines Großstadtpöbels gelangt.

Man hat es nach irgendeinem mittleren Orte berufen; dass das just Weimar wurde, ist kaum mehr als ein Zufall. (...) Man hat selbstverständlich dafür gesorgt, dass sie dort in Weimar in größtmöglicher Sicherheit vor allen denkbaren Anschlägen ist. Die Einreise ist von einer Bewilligung abhängig gemacht worden, die keineswegs leicht zu erlangen ist, und wer, seinen gestempelten und beglaubigten Einreisepass in der Hand, auf dem Weimarer Bahnhof angekommen ist, stößt (...) auf einen Berliner Schutzmann. Dieser prüft den Ausweis; reicht ihn dankend zurück; man schreitet an ihm vorbei – und ist in Weimar. (...)“

Text 10) Uwe Steimle:

Aus dem BERLINER TAGEBLATT vom 6. Februar:

„Während die Abgeordneten beraten, suchen ihre zahlreich mit eingetroffenen Gattinnen die geweihten Stätten Weimars auf. Ganz wie 1848 in Frankfurt am Main, wo man schließlich die parlamentarischen Gruppen nach den Namen ihrer Gasthäuser taufte, ist fast jedes Hotel von einer Partei besetzt. Der freundliche *Fürstenhof* ist demokratisch, der *Elefant* ist meistens deutschnational.“

Text 11a) Uwe Steimle:

Zeitkommentar Adolf Stein:

„In der Nationalversammlung sitzen nicht weniger als 19 sozialdemokratische Exzellenzen. Diese funkelnagelneuen Minister, Staatssekretäre, Gesandten, die nun im Gehrock paradieren, eine Perle in den Selbstbinder stecken und die Goldapfeluhr verdächtig oft ziehen, sind im Grunde bedauernswert. Mit ihrem Regierungslatein sind sie längst zu Ende, das graue Elend grinst ihnen überall in Deutschland entgegen, und sie haben alle zusammen im Lande noch nicht so viel Autorität wie früher ein einziger königlicher Gendarm.“

Auch die sozialdemokratischen Unterstaatssekretäre und Vortragenden Räte, auch die Arbeiterräte, Soldatenräte und sonstigen Räte und Unräte wissen, dass die Revolution uns in den Sumpf gekarrt hat. (...)

Text 11b) Uwe Steimle:

„Einen Tag später, auf der 2. Sitzung am 7. Februar wird Dr. Eduard DAVID von der SPD zum Präsidenten gewählt.“

Text 12) Bodo Ramelow:

„Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für das große Vertrauen, das Sie mir durch die Wahl zu Ihrem Präsidenten zum Ausdruck gebracht haben. (...) Gewaltige Aufgaben harren unser. Der alte Bau ist zusammengestürzt, wir sollen einen neuen errichten, und dieser Neubau soll ein besseres, wohnlicheres Haus für unser politisches Zusammenleben sein, als es das alte war.

An Stelle des früheren, auf den Vorrechten einzelner und der staatsbürgerlichen Bevorzugung einer Minderheit aufgebauten Systems soll eine auf voller staatsbürgerlicher Gleichberechtigung ruhende DEMOKRATIE treten. (...) Das Volk als Ganzes wird, von jeder Bevormundung befreit, Herr über sein Geschick. Der Wille der Mehrheit gibt die letzte Entscheidung bei allen Meinungs- und Interessengegensätzen innerhalb des Ganzen. (...) Lassen Sie uns alle bestrebt sein, durch unsere Arbeit den Beweis zu erbringen, dass Deutschland ein für die Demokratie reifes Land ist. (...) SOZIALISMUS – auch dieses Wort hat für viele heute noch einen schreckhaften Klang. Auch hier muss die Brücke des gegenseitigen Verstehens geschlagen werden, damit fruchtbare Zusammenarbeit möglich wird.

Das alte Wirtschaftssystem beruhte auf dem Zwiespalt von Kapitalgewinn und Arbeitsentlohnung. Die aus ihm hervorgegangene gesellschaftliche Kultur zeigte den Gegensatz zwischen einer dünnen, sich aller Genüsse leiblicher und geistiger Kultur erfreuenden Oberschicht und einer breiten, in Kulturarmut, wenn nicht in direktem physischen und geistigen Elend dahinlebenden Unterschicht.

Die Idee des Sozialismus ist die Überwindung dieses Gegensatzes. Nur durch die Lösung dieses Problems kann der Dauerfriede im Innern der Völker gewonnen werden.

Die Zukunft zeigt uns ein Volksganzes, das in allen seinen Schichten ein Kulturvolk ist. (...)

Meine Damen und Herren, die Arbeit der Nationalversammlung soll die Freude unseres Volkes an seinen politischen und sozialen Einrichtungen erhöhen. (...) Möge von Weimar eine Flamme ausgehen, die die Herzen unseres Volkes erwärmt, die seine Seele erleuchtet. (...)

Aus dem finsternen Tal der Gegenwart den Aufstieg zu finden zu einer lichten, glücklicheren Zukunft!“

Text 13) Steffen Trostorff:

Wieder aus dem Zeitkommentar Steins:

„Ganz geheuer ist den Ilm-Athenern freilich schon heute nicht, und die Familien, die in der Nähe des Nationaltheaters wohnen, möchten für die nächsten Wochen am liebsten verreisen, weil allerlei wilde Gerüchte erzählen, die Nationalversammlung werde „gesprengt“ werden und dabei könnten auch die umliegenden Häuser in die Luft fliegen. Man sieht die Einquartierung, soweit man selber an ihr beteiligt ist, gern. Auch wenn „nur“ die Höchstpreise bezahlt werden, stehen sich die Vermieter nicht schlecht. Außerdem soll jeder, der einen Regierungsbeamten, einen Abgeordneten, einen Pressevertreter beherbergt, reichlich Kohlen erhalten, und das ist augenblicklich eine sehr ersehnte Sache.

Nur sind noch nicht genug Kohlen da. Ein Kohlenzug ist vom Arbeiter- und Soldatenrat Eisenach abgefangen worden, ein anderer anderswo. Je näher man Weimar kommt, desto enger wird das Netz dieser Raubritter und Zollerheber. (...)

In Weimar selbst jedoch braucht man keine Angst zu haben, denn da ist – Berliner Schutzmannschaft eingezogen. Wir haben so viel über den Polizeistaat geschimpft. Jetzt hält er aber den Revolutionsstaat über Wasser. Ohne diese Kräfte des „alten Systems“ wäre das „neue System“ schon zusammengebrochen.“

Text 14) Uwe Steimle:

Das BERLINER TAGEBLATT zitiert am 9. Februar das Telegramm seines Sonderberichterstatters:

„Nun begann die erste Lesung der provisorischen Reichsverfassung. Dr. Preuß, der Staatssekretär des Innern, nahm das Wort. Seine parlamentarische Jungferrede machte den besten Eindruck. Er sprach frisch, angeregt und einleuchtend, pointiert, flocht geistvolle Bemerkungen ein (...) und gab seiner Rede einen idealistischen Schwung. Er zitierte beginnend Heinrich von Gagerns Begrüßungsworte an die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt am Main: „Über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel.““

Text 15a) Michel Friedman (Rede Hugo Preuß, Teil1):

„Wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesamte Reich. Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schaffung, sie liegen in der Souveränität der Nation. Deutschland will eins sein, ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen; diese Mitwirkung auch der Staatenregierungen zu erwirken, liegt mit in dem Beruf dieser Versammlung. Wenn über manches Zweifel besteht: über die Forderung der Einheit ist kein Zweifel; es ist die Forderung der ganzen Nation. Die Einheit will sie, die Einheit wird sie haben.“

Mit diesen Worten grüßte einst Heinrich von Gagern die erste verfassungsgebende Nationalversammlung des deutschen Volkes in der Paulskirche zu Frankfurt. Und wenn Sie in dieser hohen Versammlung heute diese Worte wieder hören, so zweifle ich nicht: Sie empfinden die wunderbare Wiederholung der Erscheinungen; [...]. Gewiss, bei aller Ähnlichkeit auch die größten Verschiedenheiten. Damals nach einer langen Zeit des Friedens ein aufsteigendes Volk, ein auch wirtschaftlich aufsteigendes Volk, das beseelt war von dem Wunsche, sich das Ideal seines nationalen Zusammenlebens zu schaffen; heute ein Volk nach schweren Kriegsleiden, nach dem Verlust eines der gewaltigsten Kriege der Weltgeschichte, ein Volk aber, dem die Art, wie es an der Front und hinten im Lande diese schweren Jahre durchgekämpft hat, das Recht gibt, auch nach dem Verlust dieses Krieges festes Vertrauen in seine eigene Zukunft zu hegen, gestützt auf die Leistungen und die Tüchtigkeit, die sich in dieser schweren Zeit bewährt haben, fest an der Hoffnung zu halten, dass es aus diesem Sturz einen Aufstieg geben wird und geben muss, für den die Grundlage zu legen, der hohe und heilige Beruf dieser Versammlung ist. [...]

Damals ist wesentlich an dem Widerstande der dynastischen Mächte in Deutschland das Werk der Frankfurter Nationalversammlung gescheitert. Solcher Widerstand ist heute durch die Tatsache der Revolution ausgemerzt; [...]“

Text 15b) Uwe Steimle:

Der parlamentsbeobachtende Stein kommentiert:

„Und nun erleben wir die eigentliche Eröffnung der deutschen Konklave durch ein halbstündiges, nicht ungeschicktes Kolleg des Handelshochschulprofessors Preuß, der Zeiten Staatssekretär des Innern. Er hebt mit den Worten Gagerns aus der Paulskirche an: *„Wir wollen schaffen eine Verfassung!“* Dieser Satzbau liegt ihm besonders, dem Herrn Preuß.

Im Übrigen ist er als Redner nicht sehr wirkungsvoll, so sorgfältig stilisiert auch alles ist; man denkt immer, es tue ihm irgendetwas weh, so verzieht er seine Hängelippe beim Sprechen. Der Vortrag ist nicht gerade hinreißend. (...).

Nun. Aber hören wir doch Herrn Preuß weiter zu:

Text 15c) Paul Schulz (Rede Hugo Preuß, Teil 2):

„Was durch die Revolution geschaffen ist, bedarf nunmehr der rechtlichen Ordnung und Fundamentierung durch diese hohe Versammlung.

[...] das Eiligste und Notwendigste für den Zustand unseres Gesamt Vaterlandes ist, so schnell wie irgend möglich eine rechtliche Ordnung zu begründen, (...).

Dem hohen Hause brauche ich nicht zu sagen, dass dieser Entwurf ein Kompromissentwurf ist; die erfahrenen Politiker haben es ihm mit Leichtigkeit angesehen. Er kann vor allen Dingen keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen. [...]

Gewiss, wir müssen und wollen uns, wenn es irgend möglich ist, mit den Vertretungen der Einzelstaaten einigen; (...).

Wie es bei einem Kompromissvorschlag nicht anders sein kann, wird das, was vorgeschlagen wird, den einen zu viel, den anderen zu wenig geben. Aber die Hoffnung möchte ich aussprechen dürfen, dass der Gedanke, der diesem Kompromissentwurf zugrunde liegt, der Gedanke der Vereinbarung, der Gedanke, auf dem Wege des möglichst geringen Widerstandes nun das zunächst Notwendige zu schaffen, unserem neuen Reich eine anerkannte Regierung so schnell als möglich zu geben, auf allen Seiten der hohen Versammlung Anklang finden möge. (...) Mehr noch als im Glück heißt es jetzt im Schmerz und Leid für uns alle: *„Deutschland über alles“*.“

Text 16) Uwe Steimle:

„Ein mattes „*Deutschland über alles*“ soll diesem Solisten einen guten Abgang verschaffen. Aber Chor und Orchester fallen nicht jubelnd ein. Man reibt sich die Augen und erfährt, dass die Sitzung zu Ende sei.“

Herr Harnisch schreibt:

„Hier in Weimar die Abende zu verbringen, nachdem man in Kommissionen, Fraktionssitzungen, der Plenarversammlung, in Pressekonferenzen, Ressortberatungen und so fort den Tag über angestrengt tätig gewesen ist, das wäre nicht nur kein Vergnügen, sondern eine Nervenstrapaze. Und da man schließlich nicht jeden Abend ins Konzert oder in die Theateraufführungen gehen kann, so bleibt tatsächlich keine andere Wahl, als den Abend in irgendeiner Kneipe unterzubringen. Erfreulicherweise ist die Auswahl an ihnen recht groß. (...) Und überall das gleiche Bild überfüllter, rauchgeschwängelter Räume, in denen die politischen Berühmtheiten dutzendweise zu bewundern sind. (...)“

Wagen wir einen kleinen Zeitsprung für eine Analyse: Vor genau 10 Jahren hat genau an dieser Stelle Norman Paech über „Revolution, Verfassung und Republik“ gesprochen. Wir haben ihn um eine kurze zusammenfassende Wiederholung seiner damaligen Rede gebeten.

Text 17) Gregor Gysi:

Verfassungen sind im besten Fall Urkunden erfolgreicher Revolutionen, Kodifikationen revolutionärer Kämpfe und ihrer Errungenschaften. Sie ziehen die Summe und schließen ab. Aber sie weisen auch mit Prinzipien, Rechten und Pflichten über sich hinaus auf eine Wirklichkeit, die die Gesellschaft in einem ständigen Prozess des Fortschritts noch herzustellen hat.

„Die Weimarer Verfassung fiel zweifellos in eine Epoche, die trotz Krieg, Revolution und ökonomische Krise immer noch zur Wachstumsphase des Kapitalismus zählte. Erst jetzt lösten sich die letzten Überreste des feudalen und halbfeudalen Systems auf. Und das Bürgertum erhielt erst jetzt seine volle und seiner ökonomischen Macht entsprechende Stellung, als man ihm voreilig schon das Ende seiner Geschichte verkündete. 1919 sah man zweifellos zu Recht in Deutschland die stärkste Bastion des kontinentalen Sozialismus

und unterschätzte die dahinter sich auftürmenden Festungsmauern des Bürgertums. Die Arbeiterbewegung erkämpfte zwar die Prinzipien und Verfahren der politischen Demokratie, die Raum für die Organisation einer neuen Sozialordnung gab. Aber sie unterminierte selbst den gesellschaftlichen Neuanfang, indem sie den bürgerlichen Organisationsapparat mit seiner Bürokratie und den alten Funktionärseliten übernahm. Nur im Grundrechtsteil konnte sie die Option für eine neue Sozialordnung offenhalten. Die wurde ihr aber schon bald – gleichsam hinter ihrem Rücken – durch die Justiz wieder entzogen.

Von links ist der Verfassung noch z. Zt. ihrer Gültigkeit vorgeworfen worden, sie habe sich nicht entschieden. Sie unterliege dem Irrtum, *dass die Prinzipien der Demokratie allein bereits die Prinzipien einer bestimmten sozialen oder weltanschaulichen Ordnung seien*“.

Ob Ende oder Höhepunkt des bürgerlichen Zeitalters, die rechtsstaatlichen Institutionen sind in ihm immer gefährdet und müssen verteidigt werden. Es ist aber ein Fehlschluss, von der Verfassung die Inhalte und Organisationsprinzipien einer neuen Gesellschaftsordnung zu verlangen, wenn die Revolution nicht die Kräfte freisetzt, die diese neue Ordnung durchzusetzen in der Lage ist. Was bereits 1919 im Wahlergebnis zur Nationalversammlung sich andeutete und in der Verfassung nur zu einem äußerst labilen Kompromiss mit einer gefährlichen Nebenverfassung ausreichte, war in den folgenden Jahren nicht umkehrbar zugunsten der fortschrittlichen Kräfte. Das aber war nicht der Weimarer Verfassung anzulasten.

Ich schließe mit einer einzigen Lehre aus Weimar, die gerade heute von großer Aktualität ist: die Verteidigung der Legalität, von Verfassung und Völkerrecht, ist eine Grundbedingung für unsere demokratische Existenz.

Text 18) Peter Sodann:

Aus „Der grosse Frieden“, ein Theaterstück von Volker Braun:

„Als der wahre Weg noch wirkte, war alles unter dem Himmel Gemeingut. Die Weisesten wurden gewählt, die Fähigsten betraut. Man sprach die Wahrheit. Es herrschte Gemeinsinn. Deshalb sah nicht nur in den eigenen Eltern seine Eltern, nicht nur in den eigenen Kindern seine Kinder. Die Alten konnten in Ruhe sterben, die Kräftigsten nach Kräften arbeiten, die Jungen ungehindert wachsen.“

Alle Männer hatten ihr Land, alle Frauen ihr Haus. Man verabscheute es, brauchbare Dinge wegzuworfen, doch darum hortete man sie nicht etwa für sich. Man verabscheute es seine Kräfte zurückzuhalten, doch darum gebrauchte man sie nicht etwa zum eigenen Vorteil. Die Niedertracht hatte keinen Boden, Raub und Gewalt sahn kein Land. Man musste die Tore nicht verschließen. Das hieß der Große Frieden.

Eh sich die Welt nicht umwälzt bis zum Dreck
Ist sie uns heillos und der Rücken krumm.
Was nicht für alle taugt, wird wieder stumm.
Das Leben ist nicht mehr wert als sein Zweck.

Die neuen Zeiten, von den alten wund
Sind neu genug erst, wenn wir aufrecht stehn.
Die Plage dauert und kann uns vergehn.
In unsern Händen halten wir den Grund.

Text 19) Uwe Steimle:

Zeitkommentar Stein, Weimar, den 10. Februar:

„(...) Nun wird es nicht nur dramatisch, sondern sogar östlich-allzuöstlich durch das gemeinsame Auftreten der quecksilbrig behenden Rechtsanwälte Haase und Cohn, die von der Sowjetgrenze aus Ostpreußen und Oberschlesien gebürtig sind.

Die Unabhängigen wollen kein Reichshaupt, sondern einen Fünf-Männer-Ausschuss, keine parlamentarische, sondern eine Soldatenratsregierung, sie wollen überhaupt die Revolution als Dauerzustand. Auch macht das Pentagramma ihnen Pein: ein Deutsches Reich soll es selbst auf dem Papier des Notgesetzes nicht mehr geben. Überall wünschen sie stattdessen das Wort „Republik“.

Nicht einmal der „Freistaat“ im Text genügt ihnen, der ist offenbar noch zu deutsch. Cohn droht: die Revolution sei doch nicht deshalb abgeschlossen, weil eine Parlamentswahl stattgefunden habe!“

Doch hören wir den USPD-Mann selbst in seiner Rede vom 10. Februar, in der 4. Sitzung. Wir haben den Text auf zwei Redner aufgeteilt:

Text 20) Heinz Vietze (Rede Oskar Cohn):

„Geehrte Versammlung! Auch meine Freunde halten es für notwendig, dass in der jetzigen Phase der revolutionären Entwicklung Rückschau und Umschau gehalten, eine Atempause gemacht und nach Möglichkeit eine Bilanz des Verlaufs der Revolution gezogen werde, soweit sich Bilanz in der Form von Gesetzesentwürfen ziehen lässt. Deshalb sind wir durchaus nicht abgeneigt, jetzt, nachdem die Nationalversammlung gewählt ist, in der souveränen Nationalversammlung eine provisorische Verfassung mit zu schaffen. Dass diese Verfassung durchaus den Charakter des Vorläufigen und Unfertigen tragen muss, ist uns ganz klar, da wir ja überzeugt sind, dass eben, wenn ein Abschluss in der Revolution bereits erfolgt ist, es sich nur um den Abschluss einer ersten Phase der Revolution handeln kann.

Die geehrte Versammlung kommt mit allen Versuchen, die Revolution für abgeschlossen zu erklären und eine Gesetzgebung von dem Standpunkt aus und zu dem Zweck zu unternehmen, um die Revolution als beendet erscheinen zu lassen, - mit diesen Bemühungen kommt die geehrte Versammlung gegenüber den harten Tatsachen des Lebens und der wirtschaftlichen Entwicklung nicht weiter und nicht zum Ziele.

Diese Tatsachen haben ihre eigene harte Logik, und niemand von uns weiß, ob und wann der provisorischen Verfassung eine endgültige Verfassung auf der Grundlage folgen wird.

Auch der Herr Volksbeauftragte EBERT hat sein lebhaftes Bestreben, in seinen Ausführungen bei Eröffnung der Nationalversammlung, die Revolution als abgeschlossene Geschichtsperiode Deutschlands zu sehen. (...)

So hätte man verlangen können, dass der Entwurf wenigstens die Richtung der Entwicklung, die nun einmal die Revolution und damit die deutsche Geschichte genommen hat, schärfer und klarer betonte. (...)

„Geehrte Versammlung! Mindestens ebenso schwere, wenn nicht schwerere Bedenken bestehen für uns bei den Bestimmungen über den *Reichspräsidenten*. Auch hier ist der Hauptvorwurf, dass der Entwurf zu sehr am Alten und Veralteten klebt.

Wir haben von der Monarchie ein für allemal genug und möchten sie auch nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder bei uns einführen. Man sollte sich nicht auf das Beispiel der französischen oder der amerikanischen Republik berufen.

Dort sind ganz andere Voraussetzungen einer demokratischen Kultur und Tradition, die dem deutschen Volke, die namentlich dem deutschen Bürgertum, fehlen oder verloren gegangen sind.

Ein Reichspräsident in Deutschland, bei dem zwar nicht gottgewollte, aber von selbst gewollte Abhängigkeiten eine Rolle spielen, die nun einmal unser geistig auch uniformiertes Bürgertum sehr auszeichnen, kann eine ganz andere politische Gefahr bedeuten, als sie bei der gleichen Stellung im französischen und amerikanischen Freistaate auftreten kann. Wir ziehen vor, an die Spitze der deutschen Republik ein Kollegium von gleichberechtigten Männern zu setzen. Wir schlagen vor, ein Reichspräsidium von fünf Köpfen nach dem Vorgange zum Beispiel der Schweiz.“

Text 21a) Sabine Berninger:

Zeitgenosse Harnisch, offenbar kein Sympathisant der Unabhängigen Sozialdemokraten, beschreibt diese folgendermaßen:

„Die Unabhängigen, die ob der Wahlenthaltung der Spartakusleute den linken Flügel der Nationalversammlung bilden, scheinen sich der Pflicht bewusst zu sein, trotz ihrer kleinen Schar nicht nur für eigene Rechnung, sondern auch noch für die nicht vertretenen Kommunisten mit Radau zu machen. Als Zwischenrufer und Störer der Verhandlungen tragen sie bei weitem den Preis davon, so eifrig sich auch zahlreiche Mehrheitssozialisten dann als Gegenrufer zu betätigen pflegen.“

Gäbe es einen Preis für die fleißigsten Antragsteller während der Nationalversammlung, würde auch der den Unabhängigen verliehen werden müssen. Aus dem Protokoll der 4. Sitzung am 10. Februar.

Text 21b) Uwe Steimle:

Der Präsident:

„Die Beratung über den § 1 ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Von den Mitgliedern Frau Agnes und Genossen liegen zwei Abänderungsanträge vor. Die Drucksache ist noch nicht in Ihrer Hand; ich muss deshalb die Anträge noch einmal vorlesen.

1. In § 1 Zeile 2 die Worte „künftige Reichsverfassung“ zu ersetzen durch die Worte „Verfassung der Deutschen Republik“.

Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. *(Geschieht)*

Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.
Wer nun dem § 1 in der Fassung des Entwurfs seine Zustimmung geben will,
den bitte ich, sich zu erheben. *(Geschieht)*
Das ist die große Mehrheit; der Paragraph ist angenommen. (...)

Es liegen zu dem § 4 Anträge von Frau Agnes und Genossen unter Ziffer 5 vor:
§ 4 zu streichen und an seine Stelle folgende Bestimmungen zu setzen:

Text 21c) Luc Jochimsen:

§ 4.

„Legt das Zentralorgan der Arbeiter- und Soldatenräte gegen ein von der Nationalversammlung in dritter Lesung beschlossenes Gesetz oder gegen eine von der Nationalversammlung beschlossene Verordnung mit Gesetzeskraft innerhalb zweier Wochen nach dem Beschlusse Einspruch ein, so tritt das Gesetz oder die Verordnung zunächst nicht in Kraft, sondern es ist die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen. Der Einspruch ist bei der Nationalversammlung schriftlich einzulegen. Die Nationalversammlung überweist ihn der Regierung; diese hat die Volksabstimmung zu veranlassen. Zur Abstimmung sind alle Wahlberechtigten befugt.“

Text 21d) Uwe Steimle:

„Präsident: Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich zu erheben. - *(Geschieht)*-
Das ist die Minderheit; der Antrag ist abgelehnt.“

Text 22a) Luc Jochimsen:

Zu Lore Agnes muss man wissen, dass sie den ersten von einer Frau gezeichneten Antrag in die Nationalversammlung eingebracht hat. Er lautete:

„*Die deutsche Nationalversammlung ist sofort von Weimar nach Berlin zu verlegen.*“

und wurde natürlich mit großer Mehrheit abgelehnt. Obwohl, obwohl, ...

Text 22b) Uwe Steimle:

„Es fehlt nicht viel, und sämtliche Pressevertreter in Weimar schicken der Unabhängigen Agnes Blumensträuße ins Haus, denn die Arbeit vollzieht sich hier vorläufig unter so erschwerenden Umständen, dass man sich sobald als möglich nach Berlin zurückwünscht.

Eilbriefe gehen zwei Tage, dringende Depeschen langsamer als ein Personenzug. An den Fernsprecher gar gelangt man nur, wenn man mit einem ganzen Belagerungsheer ihn tagsüber berennt. (...)“

Text 23) Luc Jochimsen:

Die NEUE PREUSSISCHE ZEITUNG schreibt dazu:

„Der Telephonverkehr nach auswärts und in der Stadt versagt durchaus, erschwert den Dienst der Presse und den Verkehr der Abgeordneten. Die Kohlennot ist unbehoben und die Stadt liegt abends im Dunkeln; der Straßenverkehr ist für Ortsfremde daher unmöglich. (...)“

Text 24) Uwe Steimle:

Zeitkommentar Stein:

„Weimar, 13. Februar: Die neue Regierung ist da. Sie ist ein Kind mit drei Köpfen (...). Heute reden zum ersten Mal die drei Köpfe widereinander. (...) Im Übrigen behauptet der siamesische Drilling, dass er beileibe nicht siamesisch sei, sondern erstens sozialistisch, zweitens christkatholisch, drittens demokratisch. Ehe die drei Köpfe nach drei Richtungen sprechen, wird die Ministerelite verlesen, aus der wir ersehen, dass wir fortan von vier Parteijournalisten, vier Parteibeamten, drei Juristen, einem Diplomaten, einem Bergrat a. D. und einem Handelshochschullehrer a. D. regiert werden sollen. (...)

Scheidemann eröffnet den heutigen Reigen mit einer Programmrede. Er ist der erste Kopf des neuen Kindes.

Den zweiten Kopf stellt Gröbers dar, den dritten schließlich Herr Naumann.“

Hören wir nun Philipp Scheidemann als Präsident des Reichsministeriums und Mitglied der SPD in der 6. Sitzung vom 13. Februar. Seine Rede geben uns drei heutige Politiker wieder:

Text 25a) Roland Claus (Rede Philipp Scheidemann, Teil1):

„Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspräsident hatte mich mit der Bildung des neuen Ministeriums beauftragt.

Aus den Mitteilungen, die der Präsident soeben hier gemacht hat, haben Sie ersehen, dass sich das neue Ministerium unter meinem Präsidium bereits konstituiert hat. Ich kann darauf verzichten, die Namen nochmals zu verlesen; Sie haben sie bereits gehört. Ich will nur hinzufügen, dass diesem Kabinett auch der preußische Herr Kriegsminister ohne Stimmrecht angehören wird. Das *Programm des Reichsministeriums* für die wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft erlaube ich mir Ihnen vorzutragen.

I. Außenpolitik

- Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses. (...)
- Sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen.

II. Innenpolitik

- Demokratische Verwaltung. Beseitigung aller Bevorzugungen bei der Besetzung von Beamtenstellen. Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst.
- Hebung der allgemeinen Volksbildung durch höchste Entwicklung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kind ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstätten gemäß seiner Begabung zu ermöglichen.
- Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten Volksheeres zum Schutz des Vaterlandes (...)
- Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsstand einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen. Soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie, (...).
- Auf sozialpolitischem Gebiet sind in Angriff zu nehmen die Verbesserung der Volksgesundheit, die Wohnungsfürsorge, der Ausbau des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendvorsorge. (...)
- (...) Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen, Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigungen.“

25b) Dieter Hausold (Rede Philipp Scheidemann, Teil 2):

„In gerechter freier Wahl, bei der es keinen Unterschied des Ranges, des Besitzes und des Geschlechtes gab, hat das Volk Sie zu seinen Vertretern bestimmt. Durch Sie will es sich seine Gesetze geben, denen unverbrüchlicher Gehorsam zu leisten unser aller Pflicht ist.

Lassen Sie sich alle von der Größe dieser Vorstellung durchdringen, auf dass die Souveränität des deutschen Volkes, die der 9. November verkündet hat, stabilisiert sei wie ein Felsen von Erz. (...)

Die eine Prophezeiung glaube ich wagen zu dürfen, dass die Zeiten der Gewaltherrschaft ein für allemal vorüber sind und dass keine Macht der Welt jemals ungestraft wagen dürfen, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutasten.

Die Unrechtszustände, unter denen wir früher lebten, waren im Rechtsbewusstsein des Volkes schon tot, als sie noch scheinlebendig waren. Sonst wären sie nicht so widerstandslos zusammengebrochen, sonst hätte sich der neue Rechtszustand der Demokratie nicht mit solcher Selbstverständlichkeit eingebürgert.

Wir betrachten es als eine der größten Errungenschaften dieses neuen Rechtszustandes, dass nun auch die Frauen als gleichberechtigte Volksgenossinnen in unsere Reihen eintreten.

Ich begrüße die große Zahl von Frauen, denen das Volk das höchste Ehrenamt, das Amt seiner Vertretung, übertragen hat, in dieser Versammlung mit der größten Genugtuung und mit den größten Hoffnungen. (...)

Text 25c) Frank Spieth (Rede Philipp Scheidemann, Teil 3):

„(...) Als unsere Bundesgenossen alle zusammenbrachen, als wir ein einziges Volk allein standen gegen eine ganze Welt, als entgegen allen täuschenden Voraussagen unserer U-Boot-Propheten das Heer der Amerikaner im Westen stromgleich anschwell, unsere starke Front ins Wanken geriet und schließlich der geniale Hazardeur des Weltkrieges LUDENDORFF mit dem Geständnis seines Bankrottes vor uns hintreten musste – diejenigen, die es miterlebt haben, werden nicht wagen, ein Wort des Widerspruchs hiergegen zu erheben, da fiel, sage ich, die Binde von den Augen des Volkes, und es erkannte taumelnd die Wahrheit.

Deutschland war reif geworden für den 9. November. Dass unser Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alten Größen zu zertrümmern und seine eigene Herrschaft auszurufen, darin erblicke ich die beste Bürgschaft für unsere Zukunft. (...)

Am 10. November einigten wir uns mit der Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten über die Bildung einer gemeinsamen Regierung. (...)

Wie ernst unsere Absicht und wie weit unser Entgegenkommen war, ersehen Sie schon aus dem Umstande, dass wir uns bereit erklärten, alle Posten paritätisch zu besetzen, obgleich wir genau wussten, dass unser Anhang im Volke unvergleichlich viel größer war als jener der anderen Partei.

Meine Damen und Herren, das war der Geburtsfehler jener Kombination, sie war von vornherein belastet mit einer Erbsünde gegen den Geist der Demokratie.
(...)

Nicht die Revolution zu beenden, sondern ihr Werk ganz methodisch aufzubauen, ohne Bürgerkrieg und Blutvergießen hervorzurufen, das muss die Aufgabe jeder künftigen deutschen Regierung sein, die vor der Geschichte in Ehren bestehen will. (...)

Da das Volk bei den Wahlen vom 19. Januar keiner Partei die absolute Mehrheit zuerkannt hat, so ist die Bildung einer auf der Verbindung mehrerer Parteien zusammengefassten Regierung zur unausweichlichen Notwendigkeit geworden. (...)

Die Regierung ist sich (aber) auch dessen bewusst, dass Staatsverfassungen, auch die vollkommensten, nur leere Formen sind, die ihren Inhalt durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände erhalten. Die Beseitigung der Klassenunterschiede – das ist die große Aufgabe, vor die wir uns gestellt sehen.“

Text 26a) Uwe Steimle:

„Jetzt kommt der zweite Kopf zu Wort. Das ist Herr Adolf Gröber vom Zentrum.“

Text 26b) Kirsten Tackmann (Rede Adolf Gröber):

„Wir haben in den letzten Jahren und Monden mit einer Schnelligkeit eine Entwicklung durchlaufen, die sonst viele Menschenalter braucht. (...) Vielleicht lässt sich die ganze staatsrechtliche Entwicklung vom Ständestaat des Mittelalters bis auf unsere Tage auf die Formel bringen, dass der Staatsgedanke (...), doch ständig immer mehr gewinnt und vertieft wird. Fürst und Staat, Volk und Staat, Stand und Staat, Bürger und Staat, wachsen immer mehr zusammen. Weil wir uns in dieser gesunden, organischen Fortentwicklung befinden, weil sie gesichert war, darum haben meine politischen Freunde auch die Ereignisse (...) vom 7. bis 9. November, die gewaltsame Unterbrechung der Ordnung, die Revolution, missbilligt. Wir konnten in der Revolution weder eine innere Notwendigkeit, noch ein Glück für die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland finden. Vor allem haben wir diese Revolution des November nicht als eine notwendige ansehen können. Schon die Regierung des Prinzen Max von Baden hat uns die wichtigsten demokratischen Forderungen gebracht, die überhaupt gestellt werden konnten. (...) Und das alles ist erreicht worden auf vollständig gesetzmäßigem Wege, ohne Gewalt, mit rechtmäßiger Änderung der Verfassung; auf der weiter zu erstrebende Fortschritte ohne Schwierigkeit hätten erreicht werden können. Dass es nicht dabei geblieben ist, das ist die Schuld der Revolution vom 9. November. Die Demokratie ist gerade durch diese Revolution aufs Schwerste geschädigt worden. (...)“

Text 27a) Uwe Steimle:

„Und schließlich und endlich spricht der dritte Kopf im Bunde: Friedrich Naumann von der DDP.“

Text 27b) Petra Pau (Rede Friedrich Naumann):

„Es gibt auf Grund der Wahlziffern in der Nationalversammlung nur zwei Mehrheitsmöglichkeiten (...) eine nach rechts hin, und eine andere Möglichkeit, eine Koalition zwischen den Mehrheitssozialisten und den bürgerlichen Parteien. (...)“

Aber (...) eine Zusammenfassung der Rechten würde die zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen können.

Nämlich, es würde zunächst unmöglich sein, die Revolution zu beenden.

Denn gerade diese Zusammenfassung würde alle sozialistischen Arbeiter (...), zu einer gemeinsamen Opposition formieren, und es würde absolut unmöglich sein, trotz der ziffernmäßigen Mehrheit mit dieser Rechten im Augenblick einen ruhigen Gang der Geschäfte in Deutschland herzustellen oder zu gewährleisten.

Und zweitens: dem Auslande gegenüber würde diese Mehrheit der Rechten niemals als eine Garantie für einen künftigen Weltfrieden erscheinen.

[...]

Es bleibt nichts anderes übrig, als dass die (...) Mehrheitssozialdemokratie mit den demokratischen Teilen des Bürgertums, die Verantwortung und Führung übernimmt.

[...]

Jede der drei Parteien hat einen eigenen historischen Charakter, und in dem wir jetzt zusammen gehen, so bleiben wir doch, was wir sind:

Sie bleiben Sozialisten, wir bleiben bürgerliche Demokraten, Sie bleiben Mitglieder der Zentrumsgruppe!

Wir haben miteinander kein einheitliches, formulierbares, sozialwirtschaftliches Programm. (...)

Sozialisten und Nichtsozialisten müssen sich in ihrem Nebeneinander begreifen wie Protestanten und Katholiken. Die Sozialisten müssen sich gewöhnen, dass auch die Individualisten lebensnotwendig sind, und ebenso müssen die bürgerlichen Kreise begreifen, dass eine große Menge sozialistisch denkende Leute in unserem Vaterlande heute an führender und ausschlaggebender Stelle gefunden werden.

Wir werden dabei nicht unsere eigene deutsche Vergangenheit auslöschen wollen. Die Vergangenheit fast aller deutschen Landesteile hat, wie die ganze bisherige deutsche Historie, einen monarchischen Charakter. Wir denken nicht daran, uns die Vergangenheit unserer Vorfahren oder selbst die Erlebnisse unserer eigenen in Bismarcks Tage fallenden Jugend nachträglich etwa verketzern und in den Schmutz ziehen zu lassen. Das Gewesene behält seine Ehre.

(...) Es ist über uns gekommen als ein deutsches nationales Schicksal, dass wir jetzt nichts anderes können, als aus dem Volke heraus auf Grund des Volkswillens unvermittelt die Republik aufzurichten.“

Text 28) Uwe Steimle:

Adolf Stein:

„Man ist in Weimar ganz ungestört.

In Berlin würde die Demonstrationenfreiheit, die die Republik uns gebracht hat, dauernd zu Aufzügen vor dem Reichstag führen. (...)

Der Weimarerer dagegen sagt seelenruhig: „*Mir sin nich neichierich, mir blei´m ze Hause!*“ – und sogar die für das Publikum offenstehenden Hintersitze in den drei Rängen sind bisher noch an keinem Tage ganz besetzt gewesen.“

Und so auch am 15. Februar, dem 8. Sitzungstag, an dem Hugo Haase von der USPD das Wort erhält.

Text 29a) Ulrich Wilken (Rede Hugo Haase, Teil1):

„(...) Der Herr Abgeordnete Gröber hat als Führer des Zentrums seinem Abscheu vor der Revolution mit erfrischender Deutlichkeit Ausdruck gegeben. Er führte aus, sie sei nicht notwendig gewesen, sie habe dem Volke kein Glück gebracht, sie habe die schöne demokratische Entwicklung des Oktober unterbrochen und geschädigt. Wäre die Revolution nicht notwendig gewesen, so wäre sie nicht ausgebrochen.

Künstlich kann man keine Revolution machen. Die Zustände waren vielmehr überreif für eine Umwälzung politischer, wirtschaftlicher, sozialer Natur. (...) Ich begreife es ja wohl, dass das Zentrum sich sehr gern mit dem dünnen Aufguss von Demokratie begnügt hätte, den Herr Prinz Max von Baden zu servieren bereit war. Aber ohne die Revolution säßen keine Frauen in einem deutschen Parlament.

Ohne die Revolution wäre in Preußen das Herrenhaus verstärkt und der Volkswille gelähmt worden. Ohne Revolution bestünde noch die Gesindeordnung, bestünden noch die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter. Das soll nun nicht etwa bedeuten, dass wir durch die Revolution schon gewaltig vorwärts gekommen wären. Die Revolution hat nicht gehalten, was sie versprochen hat; sie ist in ein bürgerliches Fahrwasser ausgelaufen, und eine Errungenschaft nach der anderen droht, darin zu versinken. Herr Gröber hat völlig recht: Wir haben keine sozialistische Republik mehr. (...) Bürgerliche Zeitungen verkünden triumphierend mit großen Lettern das Ende der Revolution.

(...) (Wie weit wir gekommen sind, das beweist der Schießerlass des Herrn Noske.)

Herr Scheidemann hat in seiner Programmrede gemeint, dass es die Aufgabe der Regierung sei, die Klassenunterschiede aufzuheben. Es wäre eine Utopie, wenn er wirklich glauben sollte, dass diese mit Demokraten und Zentrum zusammengesetzte Regierung in der Lage wäre, die Klassenunterschiede aufzuheben.

Klassenunterschiede werden bestehen, solange der Kapitalismus besteht, solange es Besitzer von Produktionsmitteln gibt, die Besitzlose in ihren Dienst zwingen und aus ihnen den Mehrwert herauschöpfen können. (...)"

Text 29b) Matthias Biskupek (Rede Hugo Haase, Teil 2):

„(...) und die Empörung des Proletariats wird gesteigert durch die Gewaltpolitik der Regierung. Die Regierung spielt sich gerne als die Hüterin der Gesetze auf. Ich sage Ihnen: niemals sind in Berlin so die Gesetze missachtet worden wie in dem letzten Monat.

- Ich spreche von der Regierung, die sich als Hüterin der Gesetzlichkeit aufspielt. Diese selbe Regierung hat die Bestimmungen über den Schutz des Hausrechts, über die Freiheit der Person, über die persönliche Sicherheit einfach aus der Welt geschafft, ohne zu diesem Zweck ein Gesetz einzuführen. Ihnen muss doch bekannt sein, dass hunderte Personen ohne jeden Grund verhaftet worden sind, und ohne dass sich die Verhafteten dabei auf einen Rechtsboden stellen konnten. Die Verhaftungen erfolgten nicht auf polizeiliche Anordnung, nicht auf richterlichen Befehl, (...). Sie wurden tagelang festgehalten, ohne richterliches Verhör, im Keller eingesperrt. (...)

Und soll ich Ihnen vor Augen führen, wie man mit den wehrlosen Gefangenen Liebknecht und Frau Luxemburg umgegangen ist?

Die Verhaftung dieser beiden geschah ungesetzlich durch eine Bürgerwehr; sie wurden gegen das Gesetz nicht dem Richter vorgeführt, sondern der Militärbehörde im Edenhotel, und dann wissen Sie ja, in wie scheußlicher Weise sie ums Leben gebracht worden sind. Jetzt gibt die Behörde selbst bekannt, dass ein Soldat, nicht das Publikum – Publikum stand dabei – mit einem Gewehrkolben auf die wehrlosen Gefangenen losgeschlagen hat, dass die kleine zarte Frau mit verschiedenen Gewehrkolben zu Boden geschlagen worden ist; und die Offiziere, die sonst in jenen Tagen in Berlin sofort mit der Waffe in der Hand waren, haben nichts getan, um diesen rohen Patron festzunehmen, so dass es erst später möglich geworden ist, ihn zu ermitteln.

Und dann hat man Liebknecht nicht auf geradem Wege in das Gefängnis gebracht, sondern auf Umwegen an eine dunkle Stelle des Tiergartens, und dort ist er von Offizieren erschossen worden. Die Leiche von Rosa Luxemburg, die man weggeschafft hat, ist bis heute nicht gefunden. (...)

Gewiss, es gibt niemand, der auf den wahnwitzigen Gedanken kommt, dass die Regierung diese Taten, die Beseitigung dieser Menschen gewollt hat; nein. Aber sie ist politisch und moralisch dafür verantwortlich. (...)

Text 30) Elfriede Begrich:

Ein Brief von Rosa Luxemburg aus dem Gefängnis an Sophie Liebknecht, Mitte Dezember 1917:

„Da liege ich still allein, gewickelt in diese vielfachen schwarzen Tücher der Finsternis, Langeweile, Unfreiheit des Winters – und dabei klopft mein Herz von einer unbegreiflichen, unbekannt inneren Freude, wie wenn ich im strahlenden Sonnenschein über eine blühende Wiese gehen würde. Und ich lächle im Dunkeln dem Leben, wie wenn ich irgendein zauberhaftes Geheimnis wüsste, das alles Böse und Traurige Lügen strafft und in lauter Helligkeit und Glück wandelt. Und dabei suche ich selbst nach einem Grund zu dieser Freude, finde nichts und muss wieder lächeln über mich selbst. Ich glaube, das Geheimnis ist nichts anderes, als das Leben selbst, die tiefe nächtliche Finsternis ist so schön und weich wie Sommer, wenn man nur richtig schaut. Und in dem Knirschen des feuchten Sandes unter den langsamen schweren Schritten der Schildwache singt auch ein kleines schönes Lied vom Leben wenn man nur richtig zu hören weiß.

Ich möchte Ihnen meine unerschöpfliche innere Heiterkeit geben, damit ich um Sie ruhig bin, dass Sie in einem sternenbestickten Mantel durchs Leben gehen, der Sie vor allem Kleinen, Trivialen und Beängstigendem schützt.“

Text 31) Ulf Annel (Rede Gustav Noske):

GUSTAV NOSKE (SPD). 8. Sitzung, 15. Februar.

„Meine Damen und Herren! In Berlin, in Bremen, in Breslau und anderen Orten ist Blut geflossen. Not, Arbeitsmangel, Nahrungsmangel schaffen bei einer Anzahl von Menschen eine geradezu verzweifelte Stimmung. (...)

Das hat zu üblen Vorkommnissen geführt. Um Räubereien und Plünderungen zu unterdrücken, hat (...) wiederholt Waffengewalt angewendet werden müssen, was außerordentlich beklagenswert ist. In Berlin und in Bremen haben die Kämpfe zum Teil einen politischen Charakter gehabt.

Ich gebe ohne weiteres Herrn Haase zu, dass in den letzten Wochen in Berlin manches vorgekommen ist, was bedauerlich ist, und ich mache keinen Hehl daraus, dass auch von einzelnen Leuten der Truppen, die zum Schutz der Regierung aufgestellt worden sind, dies und jenes getan worden ist, das ich nicht verantworten will und das ich missbillige.

Im Falle Liebknecht ist das Rechtsverfahren im Gange, es ist ganz selbstverständlich, dass jede festgestellte Schuld, ganz gleich, von wem sie verübt worden ist, restlos nach der Strenge des Gesetzes ihre Ahndung finden wird. (...)

Ich bedaure jedes Menschenleben, das auch durch den Bürgerkrieg verloren geht. Wenn ich aber vor die Wahl gestellt werde, ob um einiger Tollköpfe willen das Schicksal Hundertausender geschädigt wird, dann muss zugepackt werden. Selbstverständlich, nachdem sich Mahnungen und Zureden als wirkungslos erwiesen haben.

Die Verantwortung für das, was getan ist, trägt die Regierung nicht gern; es gibt angenehmere Aufgaben zu lösen, als wir sie zum Teil in den letzten Wochen zu lösen hatten. Aber ich schließe mich der Erklärung meines Kollegen Scheidemann durchaus an, dass die Regierung mit gutem Gewissen Rechenschaft ablegen kann, und auch ich glaube, mit gutem Gewissen und absolut sauberen Fingern vor der Nationalversammlung zu stehen.“

Text 32) Uwe Steimle:

„Hierauf folgten aus den Reihen der Unabhängigen Sozialdemokraten gehäuft „Pfui“- Rufe. Der Präsident reagiert:
„Meine Damen und Herren, der Ausdruck ´Pfui´ ist bis jetzt als nicht ordnungswidrig angesehen worden. Ich bitte, es dabei zu belassen, also den Ausruf zu unterlassen!“

Text 33) Peter Sodann:

Der Revoluzzer von Erich Mühsam
Der deutschen Sozialdemokratie gewidmet

War einmal ein Revoluzzer
im Zivilstand Lampenputzer;
ging im Revoluzzerschrift
mit den Revoluzzern mit.

Und er schrie: „Ich revolütze!“
und die Revoluzzermütze
schob er auf das linke Ohr,
kam sich sehr gefährlich vor.

Doch die Revoluzzer schritten
mitten in der Straßen Mitten,
wo er sonst unverdrutzt
alle Gaslaternen putzt.

Sie vom Boden zu entfernen,
rupfte man die Gaslaternen
aus dem Straßenpflaster aus,
zwecks des Barrikadenbaus.

Aber unser Revoluzzer
Schrie: „Ich bin der Lampenputzer
Dieses guten Leuchtelichts.
Bitte, bitte, tut ihm nichts!

Wenn wir ihn ´ das Licht ausdrehn,
kann kein Bürger nichts mehr sehn.
Lasst die Lampen stehn, ich bitt! –
Denn sonst spiel ich nicht mehr mit!“

Doch die Revoluzzer lachten,
und die Gaslaternen krachten,
und der Lampenputzer schlich
fort und weinte bitterlich.

Dann ist er zu Haus geblieben
und hat dort ein Buch geschrieben:
Nämlich, wie man revolützt
und dabei doch Lampen putzt.

Text 34) Uwe Steimle:

Unseren nächsten Redner auf der 12. Sitzung am 20. Februar, Herrn Dr. Gottfried Traub von der DNVP, beschreibt der Zeitgenosse Stein wie folgt: „Der Dr. Traub, den sein heißes Nationalgefühl von den Wechslerbänken der Demokratie vertrieb, ist jetzt vielleicht die stärkste agitatorische Begabung der Rechten. In glänzender Beweisführung belegt er seinen Satz: „ *Schuld an unserem Zusammenbruch ist die Revolution.*“

Text 35) Franz Sodann (Rede Gottfried Traub):

„(...) Ich weiß bis zum heutigen Tage trotz der Erklärungen der verschiedenen Parteien nicht genau, was eigentlich das alte System ist. Wir sehen keineswegs überall Hassenswertes in dem, was zusammengebrochen ist. Wir begrüßen nicht mit dem Jubel, mit dem viele in die neuen Verhältnisse hineingegangen sind, die neue Zeit. (...) Das schlechte alte System hing nach unserer Meinung am allerwenigsten an der Monarchie. Der „Klassengeist“ wird nicht dadurch ausgejagt, dass man sich rühmt, man hätte ein paar Monarchen weggejagt; mit ein paar Königen, die Sie, wie Sie sich ausdrückten, „zum Teufel gejagt haben“, ist der Klassengeist noch lange nicht zum Teufel gejagt. Wir erleben heute erschreckende Äußerungen von Klassengeist. Wir wünschen ernstlich, dass „ein Klassengeist von oben“, wie man gesagt hat, nicht noch mehr abgelöst wird, durch den Klassengeist von unten. (...)“

Text 36) Peter Sodann:

Johannes R. Becher: (Ohne Titel)

Seht, wie das Alte trauert.
Es hat sich überdauert
Und wird nicht lang mehr sein.
Es ängstigt sich und schauert
Und weiß nicht aus noch ein.

Und auch das Neue trauert,
dass es so lange dauert.
Oh seht die Gräberreihn.
Der Feind, der Alte, lauert,
Dringt in das Neue ein.

Erhebt euch, die ihr trauert.
Seht, im Vergangnen kauert
Das Alte wie Gestein,
Schon leblos und vermauert.
Die Welt will anders sein.

Text 37) Uwe Steimle:

Die Welt ist – zumindest für die deutschen Frauen – ein Stück anders geworden: Erstmals sind sie im Parlament vertreten. So kommt es denn zu diesem Kommentar von Harnisch:

„Die zur Nationalversammlung abgeordneten Weiblichkeiten haben beschlossen, sich allgemein „Frau“ zu nennen, ob sie das standesamtliche Anrecht auf diese Bezeichnung haben oder nicht; und nur Fräulein von Gierke und Fräulein Margarete Behm von den Deutsch-Nationalen machten anfangs eine Ausnahme, haben aber das weibliche Solidaritätsgefühl siegen lassen und prangen jetzt im amtlichen Handbuch der Nationalversammlung gleichfalls als Frau.“

„Hiermit erteile ich das Wort der Frau Abgeordneten Marie Juchacz von der SPD.“

Text 38a) Birgit Klaubert (Rede Marie Juchacz, Teil1):

„Meine Herren und Damen!

Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf, und ich möchte hier feststellen, und zwar ganz objektiv, dass es die Revolution gewesen ist, die auch in Deutschland die alten Vorurteile überwunden hat. (...)

Ich möchte hier feststellen – und glaube damit im Einvernehmen vieler zu sprechen –, dass wir deutschen Frauen dieser Regierung nicht etwa in dem althergebrachten Sinne Dank schuldig sind. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit. Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist. (...)

Unsere Pflicht [...] ist es, hier auszusprechen, was für immer in den Annalen der Geschichte festgehalten werden wird, dass es die erste sozialdemokratische Regierung gewesen ist, die ein Ende gemacht hat mit der politischen Unmündigkeit der deutschen Frau. (...)

Mit Recht wird man erst jetzt von einem neuen Deutschland sprechen können und von der Souveränität des ganzen Volkes. [...] Scharfes, kluges Denken, ruhiges Abwägen und warmes menschliches Fühlen gehören zusammen in einer vom ganzen Volke gewählten Körperschaft, in der über das zukünftige Wohl und Wehe des ganzen Volkes entschieden werden soll. (...)"

Text 38b) Uwe Steimle:

Über Frau Juchacz weiß unser Herr Harnisch übrigens folgendes:

„Immerhin ist Frau Juchacz einigermaßen bemerkenswert. 1879 in Landsberg an der Warthe geboren, hat sie dort acht Jahre lang die Volksschule besucht. Dann war sie zwei Jahre Dienstmädchen, ein halbes Jahr Fabrikarbeiterin, zweieinhalb Jahre Krankenschwester. Auch als solche hielt sie es auf die Dauer nicht aus; mit Hilfe ihrer Ersparnisse lernte sie schneidern und hat dann dreizehn Jahre lang bald im Rheinland, bald in Gross-Berlin als Schneiderin gearbeitet. Man sagt, sie habe in dieser Zeit eine nationalliberale Frauenschule besucht; stimmt das, dann hätte sie es bei dieser Partei ebenso wenig wie bei ihren früheren Berufen ausgehalten.

Schon 29jährig gehörte sie zum Vorstand eines sozialistischen Wahlvereins und 1913 wurde sie sozialdemokratische Parteisekretärin in Köln. Seit 1917 ist sie, in den Vorstand der sozialdemokratischen Partei gewählt, dort Sekretärin, nachdem sie sich vorher während des Krieges in Köln in verschiedenen städtischen Körperschaften und privaten Wohlfahrtsorganisationen sozial betätigt hatte. Selbstverständlich ist sie auch gelegentlich Journalistin; unter anderem zeichnet sie verantwortlich für die Schriftleitung der „Gleichheit“. (...)" Frau Juchacz, ich bitte Sie, meinen Einschub zu entschuldigen. Fahren Sie fort."

Text 38c) Dagmar Enkelmann (Rede Marie Juchacz, Teil 2):

„Ich begrüße es ganz besonders, dass im Regierungsprogramm bekundet wird, dass auch das Verwaltungswesen demokratisiert werden soll, so dass in Zukunft den Frauen auch Gelegenheit gegeben sein wird, mit in alle offen stehenden Ämter einzutreten. (...)

Ich bringe diesem Passus durchaus kein Misstrauen entgegen, sondern betrachte es als eine Selbstverständlichkeit, dass auch in der neuen Verfassung, die wir mit schaffen helfen werden, die Frau als gleichberechtigte und freie Staatsbürgerin neben dem Manne stehen wird. (...)

Wir Frauen sind uns sehr bewusst, dass in zivilrechtlicher wie auch in wirtschaftlicher Beziehung die Frauen noch lange nicht die Gleichberechtigten sind. Wir wissen, dass hier noch mit sehr vielen Dingen der Vergangenheit aufzuräumen ist, die nicht von heute auf morgen aus der Welt zu schaffen sind. [...] Zu all diesen Dingen, die wir uns vorstellen, hat die Umgestaltung unserer Staatsform zur Demokratie uns die Wege geöffnet. Jetzt heißt es, diese Wege zu beschreiten und das zu schaffen, was zum Glück unseres Volkes in der Zukunft nötig ist.“

Text 39) Petra Sitte:

Zeitkommentar Harnisch:

„(...) Die Luft, die jetzt im Nationaltheater zu Weimar weht, ist in der Tat eine merkwürdige Luft. Ein Zug des Theaterhaften ist darin geblieben. Die herbe, sozusagen dienstliche Strenge, die man von der Reichstagsluft her gewohnt ist, fehlt ihr. (...)

Auch dass Frauen jetzt als Gleichberechtigte zu der Schar der Abgeordneten gehören, verstärkt die Ähnlichkeit mit dem Theater, den Gegensatz zum Reichstag. Und wer während irgendeiner Rede das Foyer im ersten Stock betritt, dort Männlein und Weiblein, Ersatzkaffee trinkend und markenfreie Brötchen schmausend, auf den Theaterstühlchen um die Foyertische gruppiert sieht, der würde eher glauben, der Pause einer Nachmittagsvorstellung des Nationaltheaters als einer Pause an den Verhandlungen der Nationalversammlung beizuwohnen. (...)“

Text 40) Petra Sitte:

„Am 20. Februar spricht Frau Zietz, die Unabhängige. Eine Frau, deren Weiblichkeit ein starkes Plus männlicher Moleküle enthält. Bock und Haase und Cohn „können doll“, - sie kann noch doller. Eine Fanatikerin der alten sozialistischen Schule. Der Frau Juchacz hat gestern nach ihrer Rede der Genosse Löbe-Breslau Bonbons gestiftet; bei Frau Zietz würde das wohl kaum ein Fraktionsgenosse wagen. Bei der Juchacz bricht das Gefühl sich Bahn; die Zietz ist Fanatikerin von Reflexion.

Nach fünf Minuten ist das ganze Haus helle Empörung. Sie beschimpft das Eiserne Kreuz als „Blutzeichen“, und nahezu sämtliche bürgerliche Abgeordnete verlassen ostentativ den Saal. Sie beschimpft Noske, und ihre nächsten Sätze gehen im Toben der Sozialdemokraten unter.“

Text 41a) Katja Kipping (Rede Luise Zietz, Teil1):

„Geehrte Versammlung!

Nachdem in der Novemberrevolution die Arbeiter- und Soldatenräte die politische Macht erobert hatten, wurde mit verdächtiger Eile nach der Einberufung der Nationalversammlung gerufen, und als die Nationalversammlung dann ausgeschrieben wurde, geschah dies unter der Devise: Für Freiheit, Demokratie und Sozialismus!

Schon die rein äußeren Verhältnisse, unter denen wir hier Tagen, strafen diese Devisen Lügen. Die Regierung, die sich stolz eine sozialistische nannte, flüchtete vor der Arbeiterschaft Berlins nach Weimar und berief auch die Nationalversammlung nach Weimar. Aber Weimar ist seit der Einberufung der Nationalversammlung nicht mehr das stille beschauliche Städtchen von einst. Es gleicht einem Heerlager, in dem die weiße Garde Noskes herrscht.

Weimar ist von der ganzen anderen Welt abgeschlossen, der Bahnhof mit Militär besetzt, in die Stadt darf niemand, der nicht einen besonderen Ausweis hat, und wenn wir auf den Theaterplatz kamen, starteten uns von den Balkons der umliegenden Häuser die Schlünde der Maschinengewehre entgegen. Ja, meine Herren und Damen, wenn Sie sich nicht als freie aufrechte Bürger fühlen, sondern als Untertanen, dann mögen Sie nichts Unwürdiges daran finden. (...) Das ist also die Freiheit, die wir hier genießen. (...)

Text 41b) Michaele Sojka:

Herr Stein dazu:

„Die Schutzmannkette um die Nationalversammlung herum ist verstärkt worden. Die Attentatsfurcht huscht durch die Gassen und Gässchen.

Bei Eröffnung der Alltagsdebatte erhebt sich Scheidemann. Die junge, deutsche Republik stehe vor dem Zusammenbruch, wenn sie den Terror nicht besiegen könne... Das heiligste, die Meinungsfreiheit, sei überall zuerst in Gefahr, sagt der Leiter unserer Regierung.“

Text 41c) Katja Kipping (Rede Luise Zietz, Teil 2)

Herr Gröber hat ja mit erfrischender Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, wie er sich die Wirksamkeit des Koalitionsministeriums denkt.

Als er sich ganz kategorisch gegen die Bezeichnung „sozialistische Republik“ gewandt hat, und als er das Wort von der „überflüssigen Revolution“ prägte, übrigens eine Auffassung, die er mit dem Reichspräsidenten, dem Herrn Ebert, teilt, der uns gegenüber in einer schwachen Stunde dieselben Ausführungen gemacht hat.

Sozialdemokraten, die in eine Koalitionsregierung eintreten, hemmen auch die politische Stoßkraft ihrer eigenen Partei. (...)“

Text 41d) Uwe Steimle:

„Und weiterhin Frau Zietz:“

Text 41e) Gabi Zimmer (Rede Luise Zietz, Teil 3):

„Einige Worte zu dem Programm der Regierung:

Ich will nur wenig herausgreifen, um zu zeigen, wie vage und ohne sozialistischen Geist dieses Programm ist (...).

- In dem Programm heißt es: „*Erhebung der allgemeinen Volksbildung durch Entwicklung des Schulwesens von unten auf; Aufstieg der Tüchtigen*“.

Darunter kann viel verstanden werden und auch sehr wenig. Die Sozialdemokratie vertrat bis vor wenigen Jahren nicht nur ein ganz bestimmtes Schulprogramm, sondern ein ganz bestimmtes großes, nationales Erziehungsprogramm. (*Zuruf der Sozialdemokraten: Heute immer noch!*)

Und in diesem bildete die Forderung der Einheitsschule das Kernstück. (...)

Kein Wort von der Einheitsschule, kein Wort von der Weltlichkeit der Schule; das Letztere werden die Bundesgenossen im Zentrum den Sozialdemokraten schon ausgetrieben haben.

- Dann weiter: Dass keine Reform des Strafgesetzbuches und keine Amnestie in Aussicht genommen ist, hat mein Parteifreund Haase bereits gebührend kritisiert. Hunderte von Jahren Gefängnis sind bereits insgesamt verhängt worden über Berliner Arbeiter, die in der sogenannten Spartakuswoche verhaftet wurden, während die feigen Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht heute noch auf freiem Fuße sind.

Obgleich man ihre Namen kennt und weiß, dass Offiziere darunter sind. Ich verweise ferner darauf, weil man die Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht verhaftet hat, es einigen bereits gelungen ist, sich durch Flucht der Verantwortung zu entziehen. (...)“

Text 42) Uwe Steimle

Adolf Stein: Weimar, am 24. Februar:

„Im Plenum der Nationalversammlung steht heute die erste Beratung des Verfassungsentwurfes und der Reichswehrevorlage auf dem Plan. Das widerspricht, wie Haase herausgetüftelt hat, der Geschäftsordnung. Vorlagen müssten seit drei Tagen in Händen der Abgeordneten sein, ehe sie zur ersten Beratung kommen dürften.

Nun seien die Drucksachen erst gestern verteilt worden, also die heutige Beratung sei ganz geschäftsverordnungswidrig. Da bitten Gröber und Bayer die Unabhängigen um gut Wetter. Man solle doch nicht und überhaupt und so. Aber Haase und Cohn sind in jedem Zoll ein unbestechlicher Cato. Der Präsident Fehenbach, der schon mit Stielaugen der Blamage entgegenseht, die ganze Sitzung gleich nach Beginn vertagen zu müssen, wickelt sich im letzten Augenblick noch heraus: es sei gar nicht die erste Beratung des Verfassungsentwurfes, wenn das auch in der Tagesordnung so gedruckt sei; Gott bewahre, die erste „Beratung“ komme erst morgen, heute gebe nur der Reichsminister Dr. Preuß die mündliche Erläuterung zur Vorlage; also er könne auf jeden Fall reden. (...)“

Herr Preuß, Sie haben das Wort:

Text 43a) Florian Weis (Rede Hugo Preuß, Teil1):

„Meine Damen und Herren! (...)“

Als ich vor zwei Wochen hier die vorläufige Verfassung einzuführen die Ehre hatte, da war ich mir selber keineswegs sicher, dass ich schon nach verhältnismäßig doch kurzer Zeit in der Lage sein würde, den Entwurf der endgültigen Verfassung (...) vorlegen zu können.

Ich darf sagen, wir haben uns gegenseitig, die Vertretung der Reichsregierung und die Vertreter der Gliedstaaten, das Leben ehrlich sauer gemacht, unsere Geduld gegenseitig ehrlich auf die Probe gestellt, und am Ende sind wir doch in der Hauptsache zu einer Verständigung gekommen, was nicht anders möglich war, als dass jeder einen oder einige Pflöcke zurücksteckte.

Ob das von der einen oder anderen Seiten genügend oder gar schon zu viel geschehen ist, darüber wird die Nationalversammlung endgültig und entscheidend zu bestimmen haben.

Es ist richtig: man vermisst – und nicht mit Unrecht, (...), den großen Schwung der Stimmung; aber übersehen wir doch darum nicht eine Hauptsache; es ist hier in zweimal 24 Stunden die vorläufige Verfassung zustande gebracht worden, etwas, was wir in der deutschen Geschichte noch nicht erlebt haben.

Aber wenn ich darüber gerade heute in den Blättern der Rechten etwas von Flickwerk las, das dieser Verfassungsentwurf der neuen Republik darstellen soll, so ist es selbstverständlich, dass Blättern der Rechten der Verfassungsentwurf der Republik nicht gefallen kann; (...):

die republikanische Staatsform, die Durchführung der Demokratie, ist restlos unter gerader Linienführung in diesem Verfassungsentwurf enthalten. Wo aber Brechungen, Ausnahmen, Dinge, die uns auch nicht gefallen, darin enthalten sind, sind sie ohne Ausnahme Erbschaften aus der früheren Verfassung des Kaiserreiches, die Rechte der Einzelstaaten, die Reservatrechte usw. Auch den sozialen Fortschritt kann die Verfassung unmittelbar so wenig schaffen wie den sonstigen Inhalt des Volkslebens; aber ihm durch politische Organisation den Weg offen halten, das kann sie, und ich hoffe, dass dies der Entwurf tut.“

Text 43b) Uwe Steimle:

Stein kommentiert:

„Der Regierungsvertreter Dr. Preuß kritisiert die Regierungsvorlage in Grund und Boden. Schön findet er in seiner Autoreitelkeit nur das, was er daran entworfen hat. Was das Staatenhaus aber hineinkorrigiert habe, das, so wünscht er, möchte die Nationalversammlung wieder herausstreichen. Auf die eigenen Gesandten und die eigenen Briefmarken haben die größeren Gliedstaaten verzichtet, nicht aber auf ihre Rechte in Heer und Kirche und Schule, vor allem nicht auf die Souveränität in ihren eigenen Grenzen.“

Doch bitte sprechen Sie weiter, Herr Preuß:

Text 43c) Knut Korschewsky (Rede Hugo Preuß, Teil 2):

„(...) nicht ein „*Bund der Fürsten*“, (...) nicht ein „*Bund der Gliedstaaten*“ ist der Ausgangspunkt dieser Verfassung, sondern die Selbstorganisation des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit.

So wagt es denn auch die Verfassung, Ihnen in dem 1. Artikel vorzuschlagen, dem neuen Reiche neue Farben zu geben, neue Farben, die freilich alt sind und auch als solche für weite Kreise unseres Volkes einen Gefühlswert haben: Schwarz - Rot – Gold. (...)

Einen geeinten, freien, nationalen Staat wollen wir organisieren, aber nicht in nationalistischer Ausschließung. (...)

Wir wollen keine Bürger minderen Rechts in unserem Reich (...).

Ein Präsident (...) soll die persönliche Spitze der deutschen Republik bilden, der aus unmittelbaren Volkswahlen hervorgehen soll. (...)

In Abweichung von der früheren hat der jetzige Verfassungsentwurf (...) auch wieder die Grundrechte des deutschen Volkes aufgenommen. (...)

Meine Herren, indem die Reichsregierung und der Staatenausschuß den Entwurf der Verfassung dem hohen Hause übergeben, legen sie die alleinige endgültige Entscheidung in Ihre Hand. Noch niemals in der deutschen Geschichte hatte ein Parlament tatsächlich und rechtlich so unbeschränkte Macht, niemals also auch so ungeheure Verantwortung.“

Text 44) Uwe Steimle

„Zeit für ein Fazit.

Hören wir uns doch ganz einfach mal ein paar Auszüge aus der Weimarer Reichsverfassung am rechten Rednerpult an und vergleichen wir sie mit dem heutigen Grundgesetz, zu hören am linken Rednerpult.“

Texte 45) Volkhardt Germer und Felix Leibrock:

V. Germer):

„Weimarer Reichsverfassung Präambel:

Das deutsche Volk, geeint in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich auf der Grundlage der Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, den inneren und äußeren Frieden zu sichern und den sozialen Fortschritt zu fördern, hat sich diese freistaatliche Verfassung gegeben.“

F. Leibrock):

„Grundgesetz Präambel:

Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.“

V. Germer):

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 18:

Zur Vertretung der deutschen Gliedstaaten bei der Gesetzgebung und der Verwaltung des Reichs wird ein Reichsrat gebildet.

F. Leibrock):

Grundgesetz Artikel 50:

Durch den Bundesrat wirken die Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Bundes und in Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

V. Germer):

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 10:

Reichsrecht bricht Landesrecht.

F. Leibrock):

Grundgesetz, Artikel 31:

Bundesrecht bricht Landesrecht.

V. Germer):

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 30:

Es besteht volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Niemand ist verpflichtet, seine religiöse Überzeugung zu offenbaren. (...)

Den bürgerlichen und staatsbürgerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.

F. Leibrock):

Grundgesetz, Artikel 4:

Abs. (1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

Abs. (2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.

V. Germer):

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 28:

Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleichberechtigt.

F. Leibrock):

Grundgesetz, Artikel 3:

Abs. (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

V. Germer):

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 31:

Jeder Deutsche hat das Recht, sich durch Wort, Schrift, Druck oder Bild frei zu äußern, (...).

Eine Zensur (...) findet nicht statt.

F. Leibrock):

Grundgesetz, Artikel 5:

Abs. (1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (...). Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Abs. (3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.

V. Germer):

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 9:

Das Reich hat die Gesetzgebung über:

Die Rechtsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten, ihre Versicherung und den Arbeiterschutz; (...)

Und Artikel 34:

Die Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Reichs.

F. Leibrock):

Grundgesetz, Artikel 12:

Abs. (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. (...)

Abs. (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, (...).

Text 46a Friederike Fischer :

Weimarer Reichsverfassung, Artikel 9:

Das Reich hat die Gesetzgebung über:

(...) den Schutz und die Pflege der schulentlassenen Jugend.

und im Artikel 31:

(...) Der Unterricht in den öffentlichen Volksschulen soll unentgeltlich sein.

Für die Bildung der Jugend und des ganzen Volkes soll durch öffentliche Anstalten genügend gesorgt werden.

Das Schul- und Unterrichtswesen ist in allen Gliedstaaten so einzurichten, dass sich auf die Volksschulbildung der Unterricht in mittleren und höheren Bildungsanstalten aufbaut. Das Unterrichtswesen steht unter staatlicher Aufsicht.

Text 46b) Sebastian Kreuz:

Grundgesetz, Artikel 7:

Abs. (1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates. (...)

Abs. (4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet.

Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schule bedürfen der Genehmigung des Staates (...). Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn (...) eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. (...)

Text 47) Uwe Steimle:

Wenn wir schon in Weimar weilen und Herr Schiller in diesem Jahr seinen 250. Geburtstag feiern würde, wollen wir ihn gern zitieren aus „Wilhelm Tell“ mit dem Rütlichschwur:

Text 48) Kinderchor (Klasse 8a, Goethegymnasium Weimar):

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,

in keiner Not uns trennen und Gefahr.

Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,

eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott

und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.

(2. Aufzug, am Schluss der 2. Szene)

Text 49) Uwe Steimle:

Für ein abschließendes Wort bitte ich nun nochmals Herrn Gregor Gysi als Gregor Gysi auf die Bühne.

Text 50) Gregor Gysi:

Schlusswort.

ENDE

Quellen:

Die **Vossische Zeitung** war eine überregional angesehene Berliner Zeitung, deren Erscheinen 1934 eingestellt werden musste. Sie vertrat die Positionen des liberalen Bürgertums. In der Berliner Presselandschaft nahm sie eine historisch begründete Sonderrolle ein: sie war – über ihre direkten Vorgänger – die älteste Zeitung der Stadt.

Das **Berliner Tageblatt** wurde von Rudolf Mosse gegründet und erschien erstmals am 1. Januar 1872. Es diente zunächst als Anzeigenblatt der Geschäftswelt und entwickelte sich daraus zu einer eigenständigen Zeitung.

Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung), wöchentlich zwölfmal in Berlin erscheinende hochkonservative und kirchlich orthodoxe Zeitung, 1848 gegründet.

Friedrich, der Vorläufige, die Zietz und die Anderen. Die Weimarer Nationalversammlung von Februar bis August 1919. Autor: Anonym (möglicherweise ein Journalist namens Adolf Stein). Verlag der Täglichen Rundschau, Berlin 1920.

Skizzen und Stimmungen aus dem Weimar der Nationalversammlung.
Autor: Johannes W. Harnisch. Verlag August Scherl, Berlin, Mai 1919.

Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Gerhard Anschütz, 14. (letzte) Aufl., Berlin 1933 (fotomechanischer Nachdruck Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1960)

Auszüge der Reden aus dem Sitzungsprotokoll